

*Koppe, Karoline: Wiedergutmachung für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen in Südafrika. Berlin: [Berliner Wissenschafts-Verlag](#), Berlin 2005. 316 Seiten, kartoniert, € 40,-, (Berliner Juristische Universitätschriften, Grundlagen des Rechts, Bd. 31).*

Die Autorin behandelt die Frage der Wiedergutmachung von Menschenrechtsverletzungen in Südafrika nach der Apartheid. Nach einer Schilderung der Aufklärungsarbeit der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission bildet eine umfassende Darstellung der materiellen Wiedergutmachungsleistungen den Schwerpunkt des Werkes. Erörtert werden die Ansprüche der Opfer aus dem südafrikanischen Staatshaftungsrecht und die Schwierigkeiten bei der Rechtsverwirklichung. Anschließend folgt eine Darstellung und Bewertung der Wiedergutmachungsempfehlungen der Wahrheitskommission und ihrer Umsetzung durch Parlament und Regierung. Schließlich werden andere Maßnahmen zur Wiedergutmachung und zum Wiederaufbau in Südafrika aufgezeigt. Ein vergleichender Blick auf die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Bundesrepublik Deutschland und auf die Wiedergutmachung der während der Pinochet-Diktatur in Chile verübten Menschenrechtsverletzungen soll sodann den Einfluss der gesellschaftlichen und politischen Gegebenheiten auf die Wiedergutmachung begangenen Unrechts aufzeigen. Schließlich werden die völkerrechtlichen Vorgaben staatlichen Wiedergutmachungsrechts erörtert.

Das Buch richtet sich an diejenigen, die sich mit der Frage der Wiedergutmachung von Menschenrechtsverletzungen in Transitionsgesellschaften beschäftigen und die ein besonderes Interesse an der südafrikanischen Vergangenheit und Gegenwart haben. Die Arbeit basiert neben veröffentlichten und unveröffentlichten Dokumenten auf Informationen, die sich aus der Teilnahme an Anhörungen der Wahrheitskommission und aus Interviews mit Kommissionsmitgliedern sowie aus der Zusammenarbeit mit südafrikanischen Rechtsanwälten ergeben haben. Diese wurden während eines Südafrika-Aufenthaltes der Autorin im Jahre 1997 erhoben.